

Das neue deutsche Parlament

Ach, das war Wahlkampf?

Es fühlte sich an, als hätten sich die Parteien mit einer nächsten Großen Koalition und einer erneuten Kanzlerin Merkel schon abgefunden: Alternativen wurden nicht sichtbar in diesem sanften Umgang der Parteien miteinander. Aber die Bevölkerung scheint das nicht sehr zu beunruhigen.

Von Albrecht von Lucke



Andreas Praefcke, Wikimedia

In Erwartung der Koalition

Als am 28. September vor vierzig Jahren die Stimmen der Bundestagswahl ausgezählt wurden, schien zunächst alles beim Alten zu bleiben. Sämtliche Hochrechnungen deuteten daraufhin, dass es für eine absolute Mehrheit der Unionsparteien reichen würde. Damit wäre der alte Kanzler auch der neue Kanzler gewesen, nämlich Kurt-Georg Kiesinger. Doch im Laufe des Abends kristallisierte sich plötzlich eine knappe Mehrheit für SPD und FDP heraus. Helmut Kohl, der kommende starke Mann der Union, musste dem siegesgewissen Kiesinger die Botschaft überbringen, was diesen schier versteinern ließ. Am nächsten Morgen stand die neue Koalition aus SPD und FDP. Damit endeten 20 Jahre CDU-Kanzlerschaft – und es begann eine neue politische Ära, die als die sozial-liberale in die Geschichte der Bundesrepublik einging. Willy Brandt, zuvor bereits zweimal bei Bundestagswahlen gescheitert, konnte als erster sozialdemokratischer Bundeskanzler „Mehr Demokratie wagen“ und seine neue Ostpolitik in die Wege leiten. Damit trug er maßgeblich dazu bei, dass zwanzig Jahre später die Mauer fiel.

Wenn vierzig Jahre später erneut die Stimmen ausgezählt werden, dürfte es schwerlich zu einer derartigen Zäsur kommen. Die große Frage ist, warum wir 20 Jahre nach 1989 und ein Jahr nach Ausbruch der größten ökonomischen Krise seit 1929 so wenig politische Leidenschaft erleben – ganz im Gegensatz zu den turbulenten Jahren 1968/69.

Offensichtlich fehlt es der Parteipolitik heute an allen Voraussetzungen, um politische Leidenschaft zu entfachen. Dabei ist auf den ersten Blick die Parallele zu 1969 durchaus augenfällig: Auch damals war die Sozialdemokratie der kleinere Koalitionspartner einer Großen Koalition. Und doch spricht derzeit alles dagegen, dass es der SPD diesmal gelingen könnte, erneut die Nase vorn zu haben und den neuen Kanzler zu stellen. 1969 erreichte die SPD 42,7 Prozent der Stimmen (gegenüber 46,1 Prozent für die Union), heute wäre sie glücklich, wenn sie am Ende 30 Prozent erzielte. Damit wird deutlich, dass die deutsche Sozialdemokratie über eine echte, eigene Regierungs- und Politikalternative heute nicht mehr verfügt.

Das belegten auch die letzten Wochen, in denen das Land einen Wahlkampf erlebte, der seinen Namen nicht verdiente. Anstatt dass sich die beiden Volksparteien über klar konturierte Konzepte voneinander abgesetzt hätten, bestimmten allein Personalien und Skandale die mediale Auseinandersetzung: von Franz Münteferings junger Freundin über Ulla Schmidts Dienstwagen bis zu der scheinbar alles überstrahlenden Popularität des Baron zu Guttenberg. Von Auseinandersetzung in der Sache, grundlegenden Konzepten gar, konnte keine Rede sein. Ungeachtet der globalen Krise dominierten Langeweile und Lethargie.

Insgesamt erleben wir ein erstaunliches politisches Desinteresse, korrespondierend mit dem scheinbar bereits feststehenden Faktum, dass der nächste Kanzler erneut Angela Merkel heißen wird – ob in einer schwarz-gelben oder doch wieder in einer Großen Koalition.

Was sich in diesem Wahlkampf in erster Linie manifestierte, ist eine verblüffende Apathie der politischen Klasse, aber auch der Bevölkerung. Deren Rückzug in die privaten Nischen führt dazu, dass Interessengruppen und Lobbys einen immer größeren Einfluss auf die Politik gewinnen. (Exemplarisch sei an dieser Stelle nur die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, INSM, genannt, die auch im Vorfeld dieser Wahl mit großformatigen Anzeigen Aufsehen erregte.) Die zunehmende Intransparenz der politischen Entscheidungen fördert wiederum den weiteren Rückzug der Bevölkerung – eine Abwärtsspirale, die zunehmend zu einer echten Gefährdung der demokratischen Wurzeln des Landes gerät.

Bereits 1965, exakt zwanzig Jahre nach der Zäsur de Kriegsendes, formulierte der jüngst verstorbene Soziologe Ralf Dahrendorf in seinem inzwischen zum Klassiker avancierten Buch *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* vier Fragen, die nach seiner Ansicht Aufschluss geben über die gesellschaftliche Verankerung von Demokratie. Auch heute noch sind diese Fragen taugliche Parameter, um den demokratischen Zustand der Bundesrepublik zu erfassen.

Erstens: Gibt es einen verbreiteten, ja allgemeinen Sinn für tätige Bürgerschaft beziehungsweise *citizenship*? Zweitens: Sind Menschen bereit und in der Lage, mit Konflikten zu leben, oder suchen sie immer die eine, allgemeingültige und tendenziell autoritäre Antwort? Drittens: Gibt es tonangebende Eliten, die selbstbewusst genug sind, einer Mehrzahl von Haltungen und Meinungen Ausdruck zu geben? Und viertens: Verfügt die Gesellschaft

EINE ABWÄRTSSPIRALE,
DIE ZU EINER
WACHSENDEN
GEFÄHRDUNG
DER DEMOKRATIE WIRD.

DIE BÜRGER MÜSSEN
DURCH WERBEKAMPAGNEN
ZUR WAHL
ÜBERREDET WERDEN.

über eine gesellschaftliche Öffentlichkeit, die sich der politischen Probleme tatsächlich annimmt?

Heute, zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer als dem großen demokratischen Ereignis am Ende des „kurzen 20. Jahrhunderts“ (Eric Hobsbawm), gewinnt man den Eindruck, dass die von Dahrendorf beschriebenen Voraussetzungen politisch engagierter, republikanischer Bürgerschaft immer mehr erodieren. Wo wären im letzten Jahr, vom Wahlkampf ganz zu schweigen, die politischen Eliten gewesen, die den grundlegenden Diskurs über die Grenzen des Finanzkapitalismus gewagt hätten, die spätestens mit dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers am 15. September 2008 offenbar wurden? Wo die tätige, ja renitente Bürgerschaft, die sich den Anforderungen zu Ruhe und Konsumbereitschaft als erster Bürgerpflicht widersetzt hätte? Und wo die kritische Öffentlichkeit, die die existenziellen Fragen wirklich grundsätzlich diskutiert hätte?

Auch wenn seit bald zwei Jahrzehnten die halbe Regierung Abend für Abend in irgendeiner Talkshow zubringt: Was fehlt, sind wirklich gegensätzliche Positionen zur aktuellen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Tatsächlich findet kaum ein grundsätzlicher Diskurs über die bestehenden Risiken und Gefahren statt – und noch weniger über die zukünftigen Ziele dieses Landes.

Dabei sind die akuten Gefährdungen der Demokratie in den vergangenen zwei Jahrzehnten alles andere als geringer geworden. Der demokratisch-republikanische Zusammenhalt im Lande wird sichtbar dünner. Mehr und mehr nähern wir uns einem Zustand, den der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch als post-demokratisch bezeichnet. Der Begriff der Postdemokratie beschreibt für Crouch Situationen, „in denen sich nach einem Augenblick der Demokratie [wie 1989] Langeweile, Frustration und Desillusionierung breitgemacht haben; in denen die Repräsentanten mächtiger Interessengruppen, die nur für eine kleine Minderheit sprechen, weit aktiver sind als die Mehrheit der Bürger, wenn es darum geht, das politische System für die eigenen Ziele einzuspannen; in denen politische Eliten gelernt haben, die Forderungen der Menschen zu lenken und zu manipulieren; in denen man die Bürger durch Werbekampagnen ‚von oben‘ dazu überreden muss, überhaupt zur Wahl zu gehen.“ Crouch diagnostiziert also eine Deformation der Demokratie, die sich nicht als Bruch und plötzlicher Systemwechsel vollzieht, sondern „als schleichender Verrottungsprozess“ (Claus

Die spannendere Seite des Wahlkampfes



Offe), in dem die institutionellen Strukturen weiter intakt bleiben, während die Demokratie mehr und mehr ihre zivilgesellschaftliche Substanz verliert.

In der Tat: Was gegenwärtig erodiert, sind nicht die parlamentarischen Institutionen, auf die diese Republik 60 Jahre nach ihrer Gründung durchaus stolz sein kann. Was erodiert, ist das gesellschaftliche Ferment einer am Gemeinwesen interessierten Bürgergesellschaft, das Ethos einer republikanischen Öffentlichkeit. Die demokratischen Institutionen existieren formal weiter, werden aber von Bürgern und Politikern nicht länger mit Leben gefüllt.

Die herrschende Politik trägt dafür maßgebliche Verantwortung. Wie lautet die Devise der Kanzlerin: „Politik ist Erwartungsmanagement“. Sprich: Wecke keine falschen Erwartungen, und dir kann nichts passieren. Konkrete Konzepte, politische Zumutungen gar, können dagegen, so die Lehre aus Merkels Beinahe-Niederlage von 2005, dem Erfolg nur abträglich sein. Die Folge sind haltlose Steuersenkungsversprechen durch Union und FDP, die von einem Großteil der Wähler seit langem nicht mehr geglaubt werden. All dies führt zu Phänomenen der Politikabstinenz und Entpolitisierung, wie etwa zu dem erstaunlichen Erfolg der Piratenpartei – einer bloßen Ein-Punkt-Bewegung, die jedoch mit ihrer Forderung nach einem freien Internet gerade unter vormals klar links orientierten Studenten inzwischen zweistellige Ergebnisse erzielt.

Hier wird das Dilemma sichtbar, in dem sich die Republik gegenwärtig befindet: Angesichts der globalen sozial-ökologischen Krise, die weit über den Zusammenbruch der Finanzmärkte hinausgeht, hätte das Land stärker denn je in seiner Geschichte einen grundsätzlichen Einschnitt nötig. Einen Einschnitt, der der Krisenhaftigkeit der Gegenwart wirklich gerecht wird. Doch eine derartige Alternative steht nicht zur Wahl: Was wir erleben, ist die Wiederholung der neoliberalen Steuersenkungspolitik auf der schwarz-gelben und dramatische Ideenlosigkeit auf der sozialdemokratischen Seite. Diese Perspektivlosigkeit ist die Folge von nicht nur vier, sondern faktisch zehn Jahren großer Koalition. Seit die SPD, auf Druck von FDP und Union, ihren Agenda-2010-Kurs aufnahm, eigentlich aber bereits seit dem Schröder-Blair-Papier vom Frühjahr 1999, verfügte das Land über keine klare gesellschaftliche Alternative zum Kurs der neoliberalen Deregulierung. „It’s the economy, stupid“ lautet seither die Devise. Und die globale Finanzkrise hat die Ökonomisierung des Denkens eher noch verstärkt als abgeschwächt. Von gesellschaftspolitisch zukunftsfähigen Konzepten kann keine Rede sein.

Was aber täte not gegen diesen Zustand politischer Apathie?

Die Revitalisierung politischen Interesses müsste, das lehrt die Geschichte der Bundesrepublik, bei der Frage nach den politischen Alternativen ansetzen.

Hier liegt ein maßgeblicher Gegensatz zur alten Bundesrepublik. Diese kannte stets, selbst zu Zeiten der ersten Großen Koalition, eine klare Rechts-Links-Alternative – teilweise hochgradig umkämpft, wie in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren, teilweise eher wohl temperiert, wie in den späteren Achtzigern, als die Bundesbürger über alle Lager hinweg ihren Frieden mit der Bonner Republik gemacht hatten.

MOTTO DER KANZLERIN:
WECKE KEINE
ERWARTUNGEN,
UND DIR KANN
NICHTS PASSIEREN.

*Abgeräumt durch das Ordnungsamt schon vor dem Wahltag
(wegen unerlaubter Aufstellung, Sachsen-Anhalt 2006)*



OlafE., Wikimedia

INSBESONDERE
DER SOZIALDEMOKRATIE
IST EINE
POLITISCHE ALTERNATIVE
ABHANDENGEKOMMEN.

Auch die beiden demokratischen Höhepunkte der deutschen Nachkriegsgeschichte, 1968/69 und 1989, nahmen ihren Ausgang von der Forderung nach einer echten Alternative zu den herrschenden Zuständen. So wie die außerparlamentarische Opposition (wenigstens in der Negation) eine Alternative zur Großen Koalition artikulierte und damit der sozial-liberalen Koalition den Boden bereitete, so sorgte die friedliche Revolution in der DDR letztlich dafür, die verknöcherte Nomenklatura zum Aufgeben zu zwingen. Doch anders als zwanzig Jahre nach 1945 erleben wir heute, zwanzig Jahre nach 1989, keinen politischen Aufbruch, sondern das Gegenteil. „Keine Experimente“ lautet wieder die Devise – in beiden Volksparteien.

Genau hier aber liegt die zentrale Ursache für das Fehlen politischer Diskussionen in den vergangenen Jahren. Eine echte politische Debatte kann nur stattfinden, wenn unterschiedliche politische Ansätze und Alternativen vorhanden sind. Diese orientieren sich typischerweise an dem politischen Grundmuster von Links und Rechts. Die klassische Rechts-Links-Unterscheidung ist jedoch in den vergangenen zwanzig Jahren dramatisch verblasst. Stattdessen drängen seit 1989 insbesondere die beiden Noch-Volksparteien immer mehr in die diffuse Mitte. So korrespondieren die zunehmende Entpolitisierung und der Rückzug breiter Kreise von der Politik mit dem Verlust politischer Alternativen und der Angleichung der großen Parteien, die in der Großen Koalition unter Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier ihren prägnantesten Ausdruck gefunden hat.

Hier – und nicht in bloßer Wahlarithmetik – liegt das eigentliche Problem: Nach jetzt elf Jahren an der Regierung, anfangs unter dem eigenen Kanzler, danach unter der ersten Kanzlerin, ist insbesondere der Sozialdemokratie und der deutschen Linken insgesamt eine politische Alternative abhandengekommen. Anders 1969: Damals hatte die deutsche Sozialdemokratie zwanzig Jahre einer Durststrecke hinter sich. 1949, bei den ersten Bundestagswahlen, als heimlicher Favorit am Start, gelangte sie gegen den Überkanzler Adenauer erst mit dem Godesberger Programm vom November 1959 in die Nähe der Regierungsfähigkeit. Und danach mussten noch einmal zehn Jahre ins Land gehen, bevor sie endlich ihre lange vorbereiteten Konzepte umsetzen konnte – dann allerdings mit breiter gesellschaftlicher Wirkung, nach innen wie nach außen.

Denkmal für die 96 von den Nationalsozialisten ermordeten Reichstagsabgeordneten



Mike Peet, www.mikepeet.net


Die politischen Debatten der alten Bundesrepublik konnten nur deshalb diese Wirkung entfalten, weil die Parteien in allen wesentlichen Fragen deutliche Unterschiede erkennen ließen und insofern klare Alternativen boten. Letztlich entschied dabei das angestrebte Maß an Gleichheit, beziehungsweise Gerechtigkeit, ob eine Position als links oder rechts kategorisiert wurde. Indem heute der erforderliche Streit über das gewünschte Maß an gesellschaftlicher Gleichheit – d.h. die ökologischen und sozialen Grenzen zunehmender globaler Ungleichheit – nicht geführt wird, findet keine echte politische Auseinandersetzung mehr statt.

Wenn aber der politische Gegner im Links-Rechts-Raster als Unterscheidungskriterium fehlt, droht die radikalisierte Kategorie des Feindes seinen Platz einzunehmen. Der Verlust politischer Alternativen führt zu schwarz-weiß zeichnendem Populismus.

Es ist daher kein Zufall, dass 1989, mit dem vermeintlichen Ende des ideologischen Zeitalters und dem proklamierten „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama), das vor allem das Ende linker Utopien meinte, auch der Aufstieg des Populismus begann. Die neunziger Jahre wurden – aufgrund des angeblichen Endes des Links-Rechts-Dualismus – zu dem Jahrzehnt des Populismus. In Europa entwickelten sich Phänomene einer wilden Vermischung linker, sozial(istisch)er und rechter, völkischer Rhetorik, angefangen bei Jörg Haider über Silvio Berlusconi und Christoph Blocher bis hin zu Hans-Christian Strache, dem neuen Star und »Feschisten« der österreichischen Rechten.

Der Aufstieg dieser rechts-neoliberalen Führer-Populisten, die – ungeachtet der ökonomischen Krise – bei den letzten Europawahlen eine klare Stärkung erfuhren, belegt, wie sehr das neoliberale Credo Margaret Thatchers seit über zwanzig Jahren die Diskurse dominiert: „There is no alternative“ (abgekürzt TINA; „Es gibt keine Alternative“). Die Logik des Sachzwangs – konnotiert vor allem mit der Globalisierung – verhindert seit 1989 wirksam ernsthafte Diskussionen. Dabei schreien die großen drängenden Probleme geradezu danach, weil das verbleibende Zeitfenster zu ihrer Lösung immer kleiner wird.

Was heute nottut, wäre eine Debatte darüber, wie diese Gesellschaft in Zeiten notwendigen Wachstumsrückgangs sich künftig Solidarität und Zusammenhalt vorstellt, wie sie die zusehends inhomogeneren Gruppen integrieren und die großen sozial-ökologischen Herausforderungen meistern will. Bei dieser Debatte um die erforderliche „Wende zum Weniger“ der westlich-kapitalistischen Gesellschaften geht es letztlich um eine neue Definition der Werte-Trias Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – und damit um einen neuen Gesellschaftsvertrag unter Einbeziehung aller Generationen. Wie dieser Wahlkampf belegte, findet diese Grundsatzdiskussion derzeit nicht statt.

Allerdings scheint dies die Bevölkerung auch nicht mehr sonderlich zu tangieren. Die Erwartungshaltung gegenüber dem Politischen hat sich erstaunlich verringert. Auch das zeigte dieser völlig blutleere Wahlkampf. Offenbar haben die Bürger ihren faulen Frieden mit einer dramatisch entleerten Politik gemacht – und ziehen sich gänzlich in die Organisation des Privaten zurück. Ein gefährlicheres Signal für die Politik könnte es kaum geben. Denn wenn sich unsere Politiker erst an die Apathie der Bevölkerung gewöhnen, werden wir auch in Zukunft nicht die erforderliche politische Leidenschaft der Parlamentarier erleben. Denn noch immer gilt der alte Satz: Am Ende bekommt ein Volk die Politiker, die es verdient. 

NOT TUT
EINE DEBATTE
UM DIE ERFORDERLICHE
„WENDE ZUM WENIGER“.